

An
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss

Sehr geehrte Damen und Herren,

der openJur e.V. begrüßt den Gesetzentwurf der PIRATEN-Fraktion (LT-Drs. 18/2106) und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Wir sind der Meinung, dass insbesondere die auch uns betreffende Konkretisierung der Anlage zum LJVKostG eigentlich nicht notwendig sein sollte, da eine Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen in frei zugänglichen Medien regelmäßig im öffentlichen Interesse stattfinden wird. Die Praxis hat an diesem Punkt allerdings gezeigt, dass insbesondere die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein eine äußerst kreative Gesetzesauslegung betreiben. So sieht das Oberlandesgericht Schleswig die reine Veröffentlichung von Entscheidungen in einer frei zugänglichen Datenbank, wie der openJur e.V. sie betreibt, als nicht im öffentlichen Interesse. Diese Ansicht hat bis zum heutigen Tage kein anderes Gericht außerhalb von Schleswig-Holstein geteilt. Seit nunmehr fünf Jahren setzen wir uns für die freie Veröffentlichung von Gerichtsentscheidung und Gesetzestexten ein. In keinem anderen Bundesland sind wir dabei auf derart hohen Widerstand, wie bei den schleswig-holsteinischen Gerichten gestoßen. Was die ordentliche Gerichtsbarkeit angeht, vermuten wir, dass dies auch mit einem Beschluss der Präsidialversammlung aus dem Jahre 2010/2011 zutun hat, in dem wohl eine kostenfreie Übersendung von Gerichtsentscheidungen an openJur abgelehnt wurde. Der Wortlaut dieses Beschlusses ist uns allerdings nicht bekannt. Dass eine solche Entscheidung möglicherweise durch sachfremde Erwägungen getragen ist, möchten wir an dieser Stelle zwar nicht unterstellen, drängt sich aber auch im aktuell gegen eine Kostenentscheidung des OLG Schleswig geführten Kostenverfahren auf (LG Flensburg, Beschluss vom 18.06.2012 - 5 T 25/12):

„Der Beschwerdegegener [das OLG] ist dagegen der Auffassung, eine Befreiung von der Zahlung zur Gebühr gemäß Gebührenverzeichnis Nr. 5 Anmerkung 2 LJVKostG komme nicht in Betracht, weil jedermann der kostenfreie Zugriff auf die bei dem Beschwerdeführer vorgehaltenen Entscheidungen möglich sei und die Daten somit auch für gewerbliche Zwecke genutzt werden könnten. Ein überwiegendes öffentliches Interesse liege insoweit nicht vor.“

Das öffentliche Interesse an der freien Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen mit dem Argument zu verneinen, dass eben alle, auch gewerbliche Nutzer, auf eine freie Datenbank zugreifen können, ist jedenfalls von bemerkenswerter Logik getragen. Ganz davon abgesehen, dass der Zugriff und die Nutzung, auch durch gewerbliche Zwecke, wohl gar nicht verboten werden können. Die Entscheidungen als solche sind nach § 5 UrhG urheberrechtsfrei und nach wohl h.M. besteht an einer Datenbank urheberrechtlicher Inhalte auch kein sui-generis-Schutz nach §§ 87a UrhG (BGH, Beschluss vom 28.09.2006 - I ZR 261/03 = GRUR 2007, 500 - *Sächsischer Ausschreibungsdienst*; VGH Mannheim, Urteil vom 07.05.2013 - 10 S 281/12 = GRUR 2013, 821).

Vor dem Stellenwert der gerichtlichen Veröffentlichungspflicht (BVerwG, Urteil vom 26.02.1997 - 6 C 3.96 = BVerwGE 104, 105), erscheint uns für die von einigen Gerichten in Schleswig-Holstein vertretene Auffassung, dass die freie Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen durch einen

gemeinnützigen Verein nicht unter den Ausnahmetatbestand des Kostengesetzes fallen soll, allerdings kein Raum zu sein. Dies wird durch den Umstand erschwert, dass die Gerichte selbst die Veröffentlichung lediglich auf Sparflamme betreiben und offenkundig die Wichtigkeit dieser Tätigkeit verkennen. Insbesondere das Oberlandesgericht und das Oberverwaltungsgericht gehören im Bundesdurchschnitt zu den Gerichten, die am wenigsten Gerichtsentscheidungen veröffentlichen. Auch unter Berücksichtigung der Fallzahlen ist diese Weigerung der Erfüllung ihrer grundgesetzlichen Informationspflichten für uns schlicht unerklärlich.

Wir haben mit Stand 25.09.2014 die Pressemitteilungen von OLG und OVG aus den letzten 12 Monaten mit den veröffentlichten Entscheidungen verglichen. Dort wo eine Pressemitteilung veröffentlicht wird, kann man regelmäßig auch davon ausgehen, dass die zugrunde liegende Entscheidung veröffentlichungswürdig ist. Trotzdem hat das OVG lediglich bei 7 von 16 Pressemitteilungen den jeweiligen Beschluss bzw. das Urteil veröffentlicht, in einem Fall wurde das Urteil zwar veröffentlicht, allerdings nur in der kostenpflichtigen juris-Datenbank. Das OLG hat im selben Zeitraum 13 Pressemitteilungen veröffentlicht, wovon ebenfalls lediglich 7 Entscheidungen veröffentlicht wurden. Vier der sechs nicht veröffentlichten Entscheidungen finden sich wiederum in der kostenpflichtigen juris-Datenbank.

Auch die in LT-Drs. 18/2320 geäußerte Ansicht der Landesregierung, dass das Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein (IZG-SH) auf die Gerichtsakten abgeschlossener Verfahren Anwendung findet, ist ein deutliches Argument für die Umsetzung dieses Gesetzesentwurfes. Immerhin ist das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz (ULD) mit guten Gründen der Auffassung, dass IZG-SH-Anträge mit einem Arbeitsaufwand von zwei bis drei Stunden regelmäßig als „einfache Anfragen“, und insoweit gebührenfrei, zu qualifizieren sind. Das dürfte bereits heute auf einen Großteil der Entscheidungsübersendungen zutreffen.

Im Ergebnis würde die Annahme des Gesetzesentwurfes dazu führen, dass Schleswig-Holstein hinsichtlich der Transparenz und aktiven Informationsfreiheit in Bezug auf die Judikative eine Vorreiterrolle einnimmt und insoweit nicht mehr auf das Handeln der Gerichte gewartet werden müsste, sondern Veröffentlichungsmisstände durch die Zivilgesellschaft selbst behoben werden könnten.

Wir appellieren an den Landtag, diese Chance zu nutzen und die unter diesen Umständen dringend notwendige Klarstellungen aus LT-Drs. 18/2106 in das LJVKostG aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Bremert
für den openJur e.V.

Anlagen

Datum	Pressemitteilung	Veröff entl.?
24.09.2014	Oberverwaltungsgericht verwirft Beschwerde des Kieler Steuerschuldners gegen Rücknahme des Gewerbesteuererlasses http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/24092014_OVG_Gewerbesteuererlass_Kiel.html	-
05.09.2014	OVG Schleswig: Wirtschaftsakademie kann vom ULD nicht zur Abschaltung ihrer Facebook-Fanpage verpflichtet werden http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/05092014_OVG_facebook.html	-
11.07.2014	OVG Schleswig: Genehmigung für Sylter Flughafen muss um Betriebsbeschränkungen zum Lärmschutz ergänzt werden http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/10072014_OVG_Flughafen_Westerland.html	+
09.07.2014	Gewerbesteuererlass durch Kieler Oberbürgermeisterin: Verwaltungsgericht lehnt Eilantrag des Steuerschuldners ab http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/09072014_VG_Kiel_Steuererlass.html	-
08.07.2014	Verwaltungsgericht lehnt Eilantrag gegen Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Tönning ab http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/08072014_VG_Gemeinschaftsschule_Toening.html	-
08.04.2014	Verwaltungsgericht bestätigt Rechtmäßigkeit des Alkoholverbots in Regionalzügen zu einem Fußballspiel http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/08042014_VG_Alkoholverbot.html	-
04.03.2014	OVG Schleswig: Medienäußerungen des Landesdatenschutzbeauftragten zu bayerischem Apothekenrechenzentrum nur eingeschränkt zulässig http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/04032014_OVG_ULD_VSA.html	+
27.02.2014	Oberverwaltungsgericht Schleswig bestätigt Vereinsverbot der Hells Angels Kiel http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/26012014_OVG_HellsAngels.html	+
10.02.2014	OVG Schleswig weist Normenkontrollantrag gegen Flensburger Bettensteuer ab http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/10022014_OVG_Flensburger_Bettensteuer.html	+

Datum	Pressemitteilung	Veröff entl.?
29.01.2014	Verwaltungsgericht lehnt Eilantrag zur Aufrechterhaltung der Geburtshilfestation in Westerland ab http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/29012014_VG_Geburtshilfestation_Westerland.html	-
24.01.2014	OVG Schleswig lehnt Sicherung des Status quo auf dem geplanten Ansiedlungsgrundstück von Möbel Kraft ab http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/24012014_OVG_MoebelKraft.html	-
17.12.2013	Verwaltungsgericht: Gebührenbescheide für Einsatz der Bundespolizei bei „Castor-Transport“ rechtswidrig http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/17122013_VG_Castor_Kostenbescheid.html	-
29.11.2013	OVG Schleswig erklärt Kieler Bebauungsplan zur Erweiterung des Einkaufszentrum Mettenhof für unwirksam http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/29112013_OVG_Mettenhof.html	-
21.11.2013	Verwaltungsgericht weist Klage in Sachen Nordsee College Sylt ab http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/18112013_VG_Nordseecollege_Sylt.html	-
09.10.2013	Verwaltungsgericht hebt Anordnungen des ULD betreffend Fanpages bei Facebook auf http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/09102013_VG_facebook.html	+
15.08.2013	OVG Schleswig: Klagabweisung gegen Westumfahrung Pinneberg rechtskräftig http://www.schleswig-holstein.de/OVG/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/12082013_OVG_Pinnenberg.html	- (juris)

Stand: 25.09.2014

Datum	Pressemitteilung	Veröff entl.?
13.09.2014	Geburtstagszug und Urheberrechtsschutz - erneute Entscheidung des Oberlandesgerichts http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201413Geburtstagszug.html	-
04.09.2014	Arbeitsunfall des Mitarbeiters – haftet der Arbeitgeber gegenüber der Unfallversicherung? http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201411arbeitsunfall.html	- (juris)
23.06.2014	Sturz auf regennassen Messingplatten in der Fußgängerzone (Sprossenplatten) – Haftung der Stadt Kiel http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201410regennass.html	-
12.06.2014	Wohnungsnot auf Sylt – Rückruf eines Erbbaurechts aus sozialen Gründen http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201409Sylt.html	+
23.05.2014	Geschlechtsangleichung und Vornamensänderung nach dem Transsexuellengesetz – Wie erfolgt der Eintrag im Handelsregister? http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201408homosexualitaet.html	+
11.04.2014	Weitere Schadensersatzklage in Millionenhöhe gegen die Nord-Ostsee-Sparkasse abgewiesen http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201407Nordostsee.html	- (juris)
20.03.2014	"Stoppt Durchfall" - unzulässige Werbung für Medikament gegen Durchfall http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201406Durchfall.html	+
14.03.2014	Adoption eines Kindes in den USA durch homosexuelle Lebenspartnerinnen – Anerkennung in Deutschland http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201405adoption.html	- (juris)
27.02.2014	Schadensersatzklage in Millionenhöhe gegen die Nord-Ostsee-Sparkasse abgewiesen http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201404Schadensersatzklage.html	+

Datum	Pressemitteilung	Veröff entl.?
29.01.2014	Verletzung von Persönlichkeitsrechten eines Mitglieds der monegassischen Fürstenfamilie - zuständiges Gericht für Schadensersatzklage http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201403Persoenlichkeitsrechte.html	- (juris)
17.01.2014	Wertpapiere aus Norderfriedrichskoog http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201402Wertpapiere.html	+
31.10.2013	Pflicht zur Laubreinigung auf Gehwegen - Räumintervalle http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201314laubreinigung.html	+
23.09.2013	Kein Schadensersatz bei "Tauschempfehlung" der Bank für Wertpapiere http://www.schleswig-holstein.de/OLG/DE/Service/Presse/Pressemeldungen/201313tauschempfehlung.html	+

Stand: 25.09.2014